

## Predigt über Römer 13,1-7

Es sind Sätze, bei denen man erst einmal unwillkürlich zusammenzuckt:

*Jedermann sei Untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit außer von Gott; wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott angeordnet. Wer sich nun der Obrigkeit widersetzt, der widerstrebt der Anordnung Gottes; die ihr aber widerstreben, ziehen sich selbst das Urteil zu. Denn vor denen, die Gewalt haben, muss man sich nicht fürchten wegen guter, sondern wegen böser Werke. Willst du dich aber nicht fürchten vor der Obrigkeit, so tue Gutes; so wirst du Lob von ihr erhalten. Denn sie ist Gottes Dienerin, dir zugute. Tust du aber Böses, so fürchte dich; denn sie trägt das Schwert nicht umsonst: Sie ist Gottes Dienerin und vollzieht das Strafgericht an dem, der Böses tut. Darum ist es notwendig, sich unterzuordnen, nicht allein um der Strafe, sondern auch um des Gewissens willen. Deshalb zahlt ihr ja auch Steuer; denn sie sind Gottes Diener, auf diesen Dienst beständig bedacht. So gebt nun jedem, was ihr schuldig seid: Steuer, dem die Steuer gebührt; Zoll, dem der Zoll gebührt; Furcht, dem die Furcht gebührt; Ehre, dem die Ehre gebührt.*

Einige Zitate dazu aus Geschichte und Gegenwart:

**Martin Luther**, *Von weltlicher Obrigkeit, wie weit man ihr Gehorsam schuldig sei*, Frühjahr 1523: Denen, die weltlich Schwert und Recht führen, ist zu gehorchen, seien es Christen, Türken, Heiden oder Juden, weil kein Mensch von Natur Christ oder fromm ist, sondern sie allemal Sünder und böse sind. ... Denn wo das nicht wäre, sintemal alle Welt böse und unter Tausenden kaum ein rechter Christ ist, würde eines das andere fressen, dass niemand Weib und Kind aufziehen, sich nähren und Gott dienen könnte, wodurch die Welt wüst würde. Deshalb hat Gott die zwei Regimenter verordnet: das geistliche, welches durch den heiligen Geist Christen und fromme Leute macht, und das weltliche, welches den Unchristen und Bösen wehrt, dass sie gegen ihren Willen äußerlich Frieden halten und still sein müssen. Für sich selbst brauche ein Christ das Schwert nicht. Aber es sei ein Gebot der Liebe, das Unrecht, das dem Nächsten angetan wird, zu bekämpfen. Durch die strikte Trennung von der geistlichen Gewalt verweist Luther allerdings auch die weltliche Obrigkeit in die Schranken.

**Johannes Calvin**: *Es kann gar keine Tyrannis geben, die nicht in gewissem Maße doch dem Schutz der menschlichen Gesellschaft diene.*

**Albert Schweitzer** im Blick auf die Verhältnisse zur Zeit des Paulus: *Was überhaupt noch an Recht in der Welt bestand, war das Werk der römischen Obrigkeit.*

**Ulrich Wilckens**: *In der politischen Erfahrung der ersten Christengemeinden gab es im Allgemeinen noch keinerlei Anlass, diese positive Meinung über den Staat zu revidieren. ... Unsere heutige Situation im modernen, demokratischen Rechtsstaat lässt sich mit der damaligen nicht vergleichen. Darum lassen sich die Mahnungen des Paulus nicht unmittelbar auf unsere modernen politischen Verhältnisse anwenden. Im bürgerlichen Protestantismus Deutschlands ist das weitgehend geschehen und hat zu bedenklicher religiöser Legitimation antidemokratischer ‚Obrigkeit‘ geführt. Aber deswegen Röm. 13 überhaupt die Beachtung zu versagen, wäre kurz-sichtig: Ist doch die Aufgabe, die hier dem Staat gestellt ist, der Sache nach eben die, bei der sich der aus der Französischen Revolution hervorgegangene demokratische Rechtsstaat auf jeden Fall behaften lassen muss. Und verbindliche Autorität hat er darin jedem seiner Bürger gegenüber durchaus zu beanspruchen.*

**Angela Merkel** in der FAZ vom 6.10.2018: *Es gelten bei uns Regeln, und die können nicht durch Emotionen ersetzt werden. Das ist das Wesen unseres Rechtsstaates.*

Mit – uns heute nahezu naiv anmutender – Selbstverständlichkeit mahnt Paulus im Römerbrief dazu, sich den staatlichen Gewalten unterzuordnen. Er macht damit zur Pflicht, was für jedermann gilt, und nicht allein dies: Er fordert Unterordnung um des Gewissens willen. Die staatlichen Gewalten gehören zur Wirklichkeit dieser Welt, der die Christen nicht entnommen sind, in der sie sich vielmehr zu bewähren haben. Jene Gewalten können auch als durchaus sinnvoll erfahren werden. Sie machen das Zusammenleben der Menschen möglich, indem sie idealerweise das Gute fördern und das Böse ahnden. Paulus deutet mit keiner Silbe an, dass sie ihre Macht missbrauchen oder etwas anordnen könnten, was den Christen in einen Gewissenskonflikt bringen muss. Dazu bestand für ihn offenbar damals kein Anlass, was umso bemerkenswerter ist, als Paulus zur Zeit des Römerbriefes mit der Staatsmacht bereits mehrmals in Konflikt geraten war.

Der Text hat, zumal im lutherischen Protestantismus, Wirkungen gezeitigt, um derentwillen er heute im Verruf steht. Wie kaum ein anderer Text des Neuen Testaments war er Missdeutungen und Missbrauch ausgesetzt. So hat man ihm eine theologische Begründung des Staates abgewinnen wollen. In gewisser Weise hat Paulus selbst dazu Anlass gegeben. Immerhin spricht er davon, dass die staatlichen Gewalten von Gott gesetzt sind und von ihm her ihre Macht haben – womit er in der jüdisch-hellenistischen Tradition seiner Zeit steht, ohne sie jedoch kritisch zu bedenken. Allerdings hat Paulus nicht die Absicht, den Staat mit theologischer Würde zu umkleiden oder als geheiligte Schöpfungsordnung zu verkünden. Seine Ausführungen über die Stellung zur staatlichen Gewalt sind Bestandteil der Ermahnung, eines Abschnittes am Ende des Römerbriefes, der Orientierungshilfe für das Verhalten im Alltag bieten soll. Paulus handelt nicht abstrakt vom Staat, entwickelt auch keine allgemeinverbindliche Lehre von dessen Aufgaben. Er denkt vielmehr an Behörden, Verwaltungen, Beamten und Funktionäre in den Städten und Provinzen und beschreibt, was sie tatsächlich tun. So erläutert er auch nicht zeitlos das Verhältnis des Christen zum Staat, sondern sagt den römischen Christen, wie sie sich jetzt ihrer nicht-christlichen Obrigkeit gegenüber verhalten sollen.

Heute werden wir – und das sage ich bewusst so – dankbar für die Segnungen des demokratischen Rechtsstaats und auf ihre Bewahrung bedacht sein. Eine positive Würdigung des Rechtsstaats und seiner gegebenenfalls auch unbequemen Entscheidungen aus kirchlich-theologischer Sicht habe ich in den Auseinandersetzungen um die Flüchtlingspolitik in den zurückliegenden Jahren schmerzlich vermisst. Sie steht weiterhin aus.

Amen.